Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.[illegible]0 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am ich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene 34mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 23. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 93. Halle, Mittwoch, den 25. Februar 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Erzberger vom Amte suspendiert.

Der Reichsfinanzminister Erzberger hat wegen seiner Steuereinschätzung Untersuchung gegen sich selbst beantragt.

WTB. Berlin, 24. Februar. (Sonderdepesche.) Nach Bekanntgabe der gestohlenen Steuerakten des Reichsfinanzministers Erzberger in der Presse hat dieser unverzüglich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchung gegen sich veranlaßt und damit seinerseits auf jede materielle Erwiderung in der Presse verzichtet, die der Untersuchung vorgreifen könnte. Gleichzeitig hat er den Herrn Reichspräsidenten gebeten, ihn bis zum Abschluß dieser Untersuchung von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Druckes auf die Untersuchung des Finanzamtes fallen möge. Der Herr Reichspräsident hat dem Ersuchen des Reichsfinanzministers nunmehr entsprochen und angeordnet, die Untersuchung mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Mit der Stellvertretung des Ministers ist der Unterstaatssekretär Moesle beauftragt.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 24. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Als nächster Zeuge wird Kommerzienrat Seibold vernommen, der von geschäftlichen Transaktionen, an denen sich Erzberger beteiligt hat, berichtet.

Erzberger: Ich muß erklären, daß es mir lediglich darauf ankam, den notleidenden deutschen Firmen im Auslande zu helfen.

Helfferich: Ich frage den Nebenkläger, ob keine andere Möglichkeit bestand, dies zu tun, als

durch Schiebergeschäfte.

Vorsitzender: Herr Angeklagter, vermeiden Sie alles Persönliche.

Dr. Alsberg: Der Nebenkläger soll sich darüber äußern, warum aus Millionen von Menschen, die unter den Valutaschwierigkeiten leiden, einzelne herausgegriffen werden, denen bestimmte Vorteile zugebilligt werden. Und wie es kommt, daß diese merkwürdigerweise mit dem Nebenkläger eng verbunden sind.

Erzberger: Ich kann nur behaupten, daß ich an diesen Geschäften kein persönliches Interesse gehabt habe.

v. Gordon: Zur Feststellung der Unschuldigung betreffend Korruption beantrage ich den württembergischen Minister Baumann zu laden, der darüber auslagen wird, ob der Nebenkläger sich in Verbindung mit der württembergischen Regierung der Korruption schuldig gemacht hat.

Darauf tritt eine kurze Pause ein.

Dem Staatsminister Erzberger wird ferner der Vorwurf gemacht, Kenntnis zu haben von Vermögensverschiebungen nach dem Auslande. Als Zeuge wird hierzu Staatsanwalt Messerschmidt vernommen. Dieser sagt aus, daß Erzberger sich bereits im Reichstage gegen diese Versuche heftig gewehrt habe und eine Untersuchung dieser Unregelmäßigkeiten verlangte. Im übrigen sagt der Zeuge aus, daß in eingeweihten Kreisen die Meinung vorherrschte, daß Erzberger in persönlichen Angelegenheiten in die Schweiz gefahren sei. Man hat nichts gegen ihn gesagt, weil man

ihm als Minister keine Schwierigkeiten machen

wollte. In Sachen gegen Thalberg, dem der Vorwurf der Vermögensverschiebung gemacht wurde, sagt der Zeuge, dem damals die Sache zur Bearbeitung überwiesen war, daß Erzberger das Anklagematerial der Staatsanwaltschaft ohne weitere Bemerkungen zustellte.

Helfferich: Herr Erzberger! Ist Ihnen der Zeuge Thalberg persönlich bekannt?

Erzberger als Zeuge: Ich habe mich einmal mit Herrn Thalberg unterhalten, der einer der tüchtigsten Anwälte der Schweiz ist.

Vorsitzender: War Ihnen bekannt, daß

Thalberg spionageverdächtig

war?

Erzberger: Nein.

Helfferich: Stand Ihre Frau nicht mit Thalberg in Verbindung?

Erzberger: Niemals.

Helfferich: Sind Ihnen nicht die Beziehungen zwischen Rosenberg, Richthofen und Thalberg bekannt?

Erzberger: Davon weiß ich nichts.

Helfferich: Was haben Sie mit Ihrem Gelde in der Schweiz gemacht?

Erzberger: Ich habe das Geld aus politischen und kirchlichen Gründen nach der Schweiz gebracht. Die Banken haben diese Ueberweisung ordnungsgemäß im Geschäftsgange erledigt.

Zeuge Geheimrat Pfeiffer vom Finanzministerium weiß von Vermögensverschiebungen Erzbergers nach dem Auslande nichts. Zeuge legt dar, daß er im übrigen das Anklagematerial gegen die Vermögensschieber zum Vortrag in Händen gehabt habe. Erzberger hat angeordnet, daß besonders die Anklage gegen Thalberg scharf durchgeführt werde.

v. Gordon: Wissen Sie etwas von Beziehungen zwischen Erzberger und Thalberg?

Zeuge: In der Anklageschrift stand nichts davon. Ich habe nur davon gehört aus der Unterhaltung zwischen Staatsanwalt Messerschmidt und dem Leiter der Postüberwachungsstelle.

Als nächster Zeuge wird vernommen der frühere Chef der Reichskanzlei Herr v. Loebell. Hier nimmt Erzberger Stellung gegen eine Aeußerung des Herrn v. Loebell, der u. a. in einer Reichstagssitzung im Falle Pöplau den vereidigten Erzberger dem unvereidigten Erzberger gegenübergestellt hat. Erzberger verliest einen Artikel aus seiner Feder, in dem der Nebenkläger diese Anschuldigungen entkräftet.

Zeuge **Loebell:** Im Herbst 1905 kam Erzberger zu mir und sagte, er hätte Material in Händen, das die Kolonialverwaltung stark belaste. Wenn er von der Veröffentlichung des Materials abstehe, so geschehe dies nur,

wenn die schwebende Anklage gegen Pöplau unterbleibe.

Die Angelegenheit erschien mir so empörend, daß ich eine Registraturnotiz davon machen ließ und sie in Privatverwahrung nahm. Ich wollte gegen Erzberger nichts unternehmen. Erst ein Artikel im „L.-A." veranlaßte mich, Erzberger zu mir zu bitten. Bei dieser Gelegenheit erklärte mir der Nebenkläger, daß er, Erzberger, mich nicht habe angreifen wollen. Das geschah schließlich aber doch durch eine Zeitungsnotiz, und das veranlaßte mich, die Registraturnotiz zu veröffentlichen. Am 2. März 1907 erklärte Erzberger im Reichstag in Form einer persönlichen Erklärung, daß die Darstellung des Chefs der Reichskanzlei falsch sei, er, Erzberger, habe keine Absicht gehabt, im Falle Pöplau einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Vorsitzender: Zwischen der beeidigten Aussage und der Notiz Erzbergers besteht in der Tat kein Widerspruch.

Zeuge: Aus meinen Akten geht hervor, daß Erzberger tatsächlich versucht hat, mich zu einer Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Pöplau zu veranlassen, obwohl er sich sagte, daß dies erfolglos sein würde.

Damit schließt die heutige Sitzung.

Krach im feindlichen Wiedergutmachungs-Ausschuß.

Paris, 24. Februar. Der Auslandspolitiker des „Matin", Sauerwein, der wiederum den Ministerpräsidenten Millerand nach London begleitet hat, telegraphiert seinem Blatte, es sei in London kein Geheimnis für irgendjemanden, daß die Debatten des Wiedergutmachungsausschusses in den letzten Tagen sehr peinlich waren. Mit Ausnahme des belgischen Delegierten hätten alle Kollegen des Senators Jonnart gegen die Eingriffe, die die französische Regierung in Berlin hinsichtlich der Besetzungsfristen für die Rheinlande unternommen habe, protestiert. Sauerwein fügt hinzu, man habe ihm gesagt, Senator Jonnart hätte die Opposition nicht überzeugen können. Sein Nachfolger Poincaré finde eine äußerst schwierige Lage vor. Er meint auch, in derartigen wichtigen Fällen hätten die Vertreter der Alliierten im Wiedergutmachungsausschuß Instruktionen ihrer Regierungen erhalten. Sei dies in diesem wichtigen Falle auch geschehen? Es wäre unmöglich, daß dies nicht geschehen sei. Denn bei einer Frage von solcher Bedeutung müßten die Chefs der alliierten Regierungen die Verantwortlichkeit übernehmen und dürften ihre Vertreter nicht aus eigener Initiative handeln lassen.

Amtlicher Briefwechsel in Oberschlesien unter Entente-Kontrolle.

Kattowitz, 24. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die noch in amtlicher Stellung befindlichen oberschlesischen Lehrer und Beamten haben von der Interalliierten Kommission die Weisung erhalten, Oberschlesien nicht ohne besondere Erlaubnis zu verlassen. Der Briefwechsel der deutschen Behörden in Oberschlesien mit den Behörden außerhalb des Abstimmungsgebietes wurde der Kontrolle der Interalliierten Kommission unterstellt.

Demokratische Jugendbewegung

von Erwin Löwe.

Die Lebensfähigkeit einer Partei ist am ehesten ersichtlich aus der Tätigkeit, die die Jugend in ihr ausübt. Denn es ist eine so große Binsenwahrheit, daß sie eigentlich gar nicht mehr ausgesprochen zu werden brauchte, daß nur die Partei Bestand haben kann, der die Jugend gehört. Vor uns liegt der Jahresbericht des Deutschen demokratischen Jugendvereins Groß-Berlin, einer Organisation, die als führend für das ganze Reich gilt, und die auch die Geschäfte des Reichsbundes der Deutschen demokratischen Jugendvereine besorgt. Nach einem kurzen Rückblick über die Geschichte und Entstehung des Vereins, der kurz nach der Revolution sich aus dem früheren „Fortschrittlichen Jugendverein Eugen Richter" bildete, schilderte der Jahresbericht, wie am 17. November 1918 im überfüllten Saal des Lehrervereinshauses seine erste große öffentliche Versammlung, die von einer nicht sozialdemokratischen Organisation nach dem 9. November 1918 einberufen wurde. Er bezeichnete mit Recht dieses Ereignis als eine Tat.

Entsprechend seiner großen Regsamkeit schwoll die Zahl der Mitglieder des Deutschen demokratischen Jugendvereins an; sie hat mit ihren einigen Tausend zwar noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht, ist aber für eine Organisation, die sich fast aus dem Nichts entwickelte, der keine Wandervögel- oder sonstige Organisationen mit großem Mitgliederbestand beitraten, ein sehr schöner Erfolg. Es wird eine hervorragende Aufgabe des Jugendvereins sein, bei den jetzt kommenden Wahlen mit großer Energie und Tatkraft die noch abseits stehende Jugend um sich zu scharen.

Wenn man sich die Zahl der Veranstaltungen des Vereins im verflossenen Jahre, deren es nicht weniger als 60 sind, ansieht, so kann man von der Zukunft nur das Günstigste erhoffen.

Hervorzuheben ist ganz besonders die Tätigkeit und erfolgreiche Erziehungsarbeit, die der Verein in seiner außenpolitischen sowie wirtschaftspolitischen Kommission geleistet hatt. Ganz besonders die Außenpolitische Kommission unter der Leitung des Legationssekretärs von Bülow erfreute sich eines großen Zuspruchs, und wenn man die interessanten Fragen, die sie zur Diskussion stellte und die hervorragenden Referenten, die ihr zur Verfügung standen, in Betracht zieht, so kann man das verstehen. Hervorzuheben sind der Vortrag des Grafen Keßler „Ein wirklicher Völkerbund", der weit über den Rahmen des Jugendvereins größtes Interesse erregte.

Ein besonderes Kapitel im Jahresbericht nehmen natürlich die Finanzen ein. Es zeigt sich, daß der Mitgliedsbeitrag von 3 Mark jährlich bei weitem nicht ausreichte, die Ausgaben zu decken. Die freiwilligen Zuwendungen betragen das Dreifache der Mitgliedsbeiträge. Aus diesem Grunde wurde resolut beantragt, und der Antrag wurde auch in der Generalversammlung angenommen, den Mitgliedsbeitrag auf 12 Mark bei freier Lieferung des Jugendorgans zu erhöhen. Das Jugendorgan hat damit eine Krise, in der es sich befand, überwunden. Die „Demokratische Jugend" soll aber nicht nur ein Berliner Organ sein sondern ein Reichsorgan, sie soll das verbindende Element zwischen den einzelnen Jugendgruppen darstellen, und da wäre doch sehr zu empfehlen, daß die Jugendgruppen im Reiche dem Berliner Beispiel folgen möchten. Nichts fördert mehr den Zusammenhang, nichts ist besser für die Aktion geeignet, und nichts stärkt so das Zusammengehörigkeitsgefühl, wie ein im ganzen Reich verbreitetes, den Wünschen aller Organisationen gerecht werdendes Organ.

Zur Wahl wird bei dem gleichen Maße, vielleicht sogar noch mehr als bei den anderen Parteien, die Deutsche demokratische Partei die intensivste Mitarbeit der Jugend benötigen. Die Jugend hat den Willen zur Mitarbeit und Betätigung. Fördert die Partei diesen Willen, unterstützt sie die Jugend in dem ihr zukommenden Maße, dann wird die Deutsche demokratische Partei das sein, was sie sein soll: **Die Partei der Zukunft, die Partei der Jugend!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200225014/fragment/page=0001

Neuzeitliches Arbeitsrecht für Hausangestellte.

Die Preußische Landesversammlung beschäftigte sich am 28. Januar mit einem Antrag des Gewerbeausschusses: die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß alsbald innerhalb der gesetzlichen Regelung des Arbeitsrechtes eine der heutigen Zeit entsprechende Regelung des Hausangestelltenrechts geschaffen wird und bei dieser Regelung des Hausangestelltenrechts unter voller Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Hausangestellten auf die Eigenart des häuslichen Dienstverhältnisses und auf die Bedürfnisse eines geordneten Wirtschaftslebens und eines gesunden Familienlebens Rücksicht genommen wird.

Nach § 7 der Reichsverfassung gehört das Arbeitsrecht für Hausangestellte in das Gebiet der Reichskompetenzen. Wenn sich trotzdem die Landesversammlung mit der Frage befaßt, so geschieht das, weil durch die Aufhebung der 18 preußischen Gesindeordnungen eine Unsicherheit im Arbeitsverhältnis entstanden ist, die auf die Dauer unerträglich ist. Vor allem die sich immer steigernde Flucht aus der häuslichen Arbeit läßt eine baldige gesetzliche Regelung dringend erstrebenswert erscheinen. Zählt man doch beispielsweise in Württemberg 4000 offene häusliche Stellen, während 3000 Frauen Arbeitslosenunterstützung bekommen. Ohne Frage trägt ein großer Teil der Schuld an diesen Zuständen die ungewisse Rechtslage, d. h. das Fehlen an Vorschriften für Konfliktsfälle, durch die die Stimmung der Beteiligten und ihr Verhältnis zu einander ungünstig beeinflußt wird. Die Rednerin der demokratischen Fraktion Frau Dönhoff stimmte einer reichsgesetzlichen Regelung im Zusammenhang mit dem Arbeitsrecht zu, allerdings mit dem Bedenken, es könne dadurch eine Verzögerung eintreten, die angesichts der Dringlichkeit der Sache vermieden werden muß. Sie befürwortet deshalb, daß durch Satz 1 des Antrages die Staatsregierung gebeten wird, für eine schnelle Regelung einzutreten. Sie führte weiter aus, daß sich die Regelung dieses Arbeitsgebietes nur in weitem Rahmen bewegen kann. Es wird sich nicht um eine fest schematisierte Ordnung, nicht um ein Hineinzwängen der Arbeit in bestimmte Stunden handeln können. Ganz bestimmte Bedingungen können bei der Mannigfaltigkeit der Arbeitsstätten nicht vorgeschrieben werden, aber es müßte unbedingt den Hausgehilfinnen ein Mindestmaß von Ruhe und Freizeit gegeben, ihre Ansprüche auf Unterbringung und Lebenshaltung müßten gesetzlich festgelegt werden. Die Hausfrauen selbst werden Vorteil davon haben, wenn sie die neuen Bestrebungen, soweit sie berechtigt sind, anerkennen, wenn sie Verständnis für ein erwachendes Berufs- und Standesgefühl der Hausgehilfinnen beweisen. Das wird bessere Kräfte in den Beruf hineinführen. Es werden sich bestimmte Forderungen in Bezug auf Leistung, auf das Verhalten und die Vorbildung der Anzustellenden durchsetzen lassen, so daß das materielle und ideelle Entgegenkommen sich lohnt.

Wenn Abs. 2 des Antrages eine Regelung vorsieht, bei der unter voller Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Hausangestellten an die Eigenart des häuslichen Dienstverhältnisses und auf die Bedürfnisse eines geordneten Wirtschaftslebens und eines gesunden Familienlebens Rücksicht genommen wird, so muß man sich darüber klar sein, daß über die Berechtigung der gegenseitigen Wünsche bei beiden, Hausfrauen sowohl wie Hausangestellten, noch ziemlich weit auseinandergehende Auffassungen bestehen. Trotz des engen Zusammenlebens fehlt es oft am Verstehen, besonders der wirtschaftlichen Bedürfnisse des anderen. Hier liegen große Aufgaben vor für die Berufsorganisationen, auch für die der Hausfrauen, diese sollten sich nicht nur auf Arbeitgeberaufgaben beschränken, sondern indem sie auf die allgemeinen Interessen der Hausfrauen und ihrer Förderung bedacht sind, auch auf die hauswirtschaftliche Erziehung für die weiblichen Angehörigen aller Stände unseres Volkes bedacht sein. Es wird hier die Frage nach einer Lehrzeit und einem Lehrlingsverhältnis in der Hauswirtschaft zu lösen sein, denn es scheint, als ob der Beruf der Hausangestellten mehr und mehr zu einem der jugendlichen Anfänger werden wollte. Von dieser Tatsache ausgehend muß die Anforderung an der neuen Gesetzgebung gestellt werden, daß sie den Schutzcharakter ganz wesentlich betont. Neben die praktische Lehre müßte ein systematischer hauswirtschaftlicher Unterricht treten. — Eine weitere Angestelltenforderung, die berücksichtigt werden müßte, ist die, daß bei der durchgeführten gesetzlichen Regelung Kontrollinstanzen zu schaffen sind, die entsprechend der Gewerbeaufsicht in den Fabriken dafür zu sorgen hätten, daß die geforderten Maßnahmen wirklich durchgeführt werden.

Für die Schlichtung von Streitigkeiten ist durch die Annahme eines demokratischen Antrags über die Regelung der Schiedsgerichtsbarkeit bei allen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfällen die Gewähr geleistet, daß bei allen ordentlichen Gewerbegerichten Schiedsstellen für Hausangestelltenfragen eingerichtet werden.

Hörsing doch Sachsens Oberpräsident!

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die Deutsche Allg. Ztg. aus eingeweihten Kreisen erfährt, ist Hörsing zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt worden. Die Einführung Hörsings wird am nächsten Donnerstag stattfinden.

Die Aushebung der Luckenwalder Schieberzentrale.

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der „L.-A." meldet: Die Aushebung der Schieberzentrale in Luckenwalde hat peinliches Aufsehen erregt. Augenblicklich sind im ganzen seitens der Militärverwaltung 500 Tonnen oder 10 000 Zentner Metallteile beschlagnahmt worden. Hiervon sind 300 Tonnen auf einem Platz zusammengefahren und werden militärisch bewacht. 200 Tonnen liegen noch im Gewahrsam der Händler und sind dort beschlagnahmt. Es wird nun so verfahren werden, daß die Militärverwaltung die sämtlichen 500 Tonnen kurzfristig ausverkauft. Hierdurch wird der Gefahr weiterer Verschiebungen vorgebeugt.

Der Ruin der Zigarettenindustrie.

WTB. Dresden, 24. Febr. (Drahtnachricht.) Die Kündigung sämtlicher Angestellten und Arbeiter der gesamten Zigarettenindustrie Deutschlands hat naturgemäß eine sehr starke Beunruhigung in den beteiligten Kreisen hervorgerufen. Die heute zwischen den Vertretern der Arbeitgeber-, Angestellten- und Arbeitnehmer-Organisationen stattgehabten Besprechungen ergaben vollständige Uebereinstimmung, daß weder die im neuen Tabaksteuergesetz vorgesehene Belastung der Zigaretten, noch die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagene Aenderung die Möglichkeit für die Weiterführung der Betriebe der Zigarettenindustrie bedeute. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die Folge der vorgeschlagenen Steuern eine vollständige Stillegung zahlreicher Betriebe und eine weitgehende Einschränkung weiterer Betriebe sein werde. Arbeiter und Arbeitnehmer haben daher durchaus das gleiche Interesse, die Steuern so zu gestalten, daß die Zigarettenindustrie im bisherigen Umfange lebensfähig bleibe. Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren sich darin einig, daß im Falle einer ungesetzmäßig gestalteten Zigarettenbelastung zahlreichen Arbeitnehmern gekündigt werden muß, und daß diese Kündigung auch hätte ebenso eintreten müssen, falls augenblicklich von der einschneidenden Maßnahme der sofortigen Kündigung Abstand genommen worden wäre. Da die Kündigungen unter dem Zwange der augenblicklichen Verhältnisse und bedingt durch die Kürze der Zeit in diesem Umfange vorgenommen worden sind, ist es selbstverständlich, daß in dem Augenblick einer Einigung mit dem Reichsfinanzministerium oder den sonstigen zuständigen Behörden sie restlos zurückgenommen werden. Ebenso selbstverständlich ist es, daß bei Zurücknahme der Kündigung der Angestellten das Arbeitsverhältnis weiterläuft.

Die Höchstmieten und die Landesversammlung.

Die Besserstellung der Altpensionäre und Rentenempfänger. — Forderung nach geeigneten Maßnahmen. Ausschußanträge. — Beratung vor leeren Regierungsbänken.

WTB. Berlin, 24. Februar. In der Beantwortung kleiner Anfragen sagte die Regierung zu, daß zur Linderung des Kohlenmangels auf die vermehrte Beschäftigung von Wasser- und Windmühlen nach Möglichkeit Bedacht genommen werden soll

Die Beratung der Anträge über

die Höchstmieten

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Leidig** (D. Vpt.): Wir müssen von der Regierung fordern, daß sie in dieser Zeit, in der eine Million deutscher Familien ohne Wohnung ist, ernstliche Maßnahmen trifft, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

Minister **Stegerwald**: Die Verordnung läßt ausreichenden Spielraum, um die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden zu berücksichtigen. Den

übermäßigen Zuzug von Ausländern

würden wir gern abwehren, aber wir müssen hierbei im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrags bleiben. Mein Grundsatz ist, daß der Hausbesitz nicht in die Valutaspekulation hineinbezogen werden darf. Planlosigkeit kann man mir auch nicht zum Vorwurf machen. Ich habe das bei der Beratung über den Ruhrkohlensiedelungsverband gezeigt. Meine Verordnung über die Höchstmieten ist in den Hausbesitzerkreisen ganz irrtümlich aufgefaßt worden.

Abg. **Auer** (Dem.): Wir sind Gegner der freien Wirtschaft auf dem Wohnungsgebiet. Aber auch das Wohnungswesen muß sich auf fester Rechtsgrundlage aufbauen.

Abg. **Konrad** (Dn.) schließt sich dem Vorredner an.

Die Abstimmung wird namentlich sein und morgen stattfinden.

Es folgt die Beratung von Anträgen auf

vermehrte Fürsorge für die Altpensionäre, Rentenempfänger und Festbesoldete

mit kleinen Bezügen.

Abg. **Pelze** (Dn.): Die Notlage der Altpensionäre und Rentenempfänger infolge der Geldentwertung ist äußerst drückend geworden. Wir ersuchen die Regierung, für schleunige Besserung ihrer Lebensbedingungen zu sorgen.

Abg. **Lukassowitz** (Dn.): Wir beantragen, den Ruhegehaltsempfängern sofort für das laufende Vierteljahr die vollen Teuerungszulagen der aktiven Beamten ohne Bedürftigkeitsnachweis zu gewähren. Diese Bestimmung muß auch auf die Ruhestandsbeamten der Gemeinden und mittleren Staatsbehörden ausgedehnt werden. Die Regierung soll sich deshalb schleunigst mit den Gemeinden und der Reichsregierung ins Benehmen setzen.

Abg. **Twardy** (Soz.): Wir beantragen, die Regierung möge sofort einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Ansprüche der Altpensionäre und der Pensionäre der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten und ihrer Hinterbliebenen neu geregelt werden.

Abg. **Shümer** (Dem.), Dr. **Görck** (D. Vpt.), **Krug** (Ztr.), **Hermann** (Dn.) und Dr. **Weyl** (U. S.) sprechen im Sinne des Vorredners.

Der Antrag Hermann, der die Regierung ersucht, die besonders schwere Notlage der Altpensionäre, Witwen und Rentenempfänger unverzüglich durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen, wird angenommen. Die anderen Anträge gehen an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die Beratung von Anträgen des Haushaltsausschusses auf

Leistung einer Abfindungssumme an Kriegerwitwen infolge Wiederverheiratung,

auf Aufbesserung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, auf Auszahlung der noch laufenden Gefangenenlöhnung ohne Prüfung der Bedürftigkeit und auf Gleichstellung unehelicher Kinder gefallener oder vermißter Kriegsteilnehmer mit den ehelichen Kindern bei der Hinterbliebenenversorgung. Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung eines Ausschußantrages, der die Teuerungszulagen der Bezieher von Invaliden- und Hinterbliebenenrenten erhöhen, die Zulagen für die Unfallrenten schon bei einer 50prozentigen Rente steigern und den Rentenbeziehern den Satz von mindestens einer Jahresrente als Entschädigungssumme gewähren will. Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Die Abwesenheit der Regierung wird wiederum mehrfach getadelt.

Mittwoch 12 Uhr: Anträge und dritte Lesungen.

Schluß 5¼ Uhr.

Die Verreichlichung der Eisenbahn.

WTB. Hamburg, 24. Februar. Von zuständiger Seite geht uns folgende Mitteilung zu: Die Beunruhigung über die Durchführung der Verreichlichung der Eisenbahnen hat sich, wie aus Mitteldeutschland gemeldet wird, noch wesentlich vermehrt, durch die Mitteilung, daß zwar die Leitung des Verkehrswesens der Reichsverkehrsminister übernehmen werde, daß dagegen in München, Stuttgart, Karlsruhe, Dresden und Schwerin, die bisherigen einzelstaatlichen Verwaltungen nach ihrer organisatorischen Umgestaltung als Außenstellen des Reichsverkehrsministeriums ihre Tätigkeit fortsetzen sollen. Es besteht in den Ländern ohne Staatsbahnbesitz allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß eine solche Art der Dezentralisation, die lediglich den größeren Ländern mit Staatsbahnbesitz zugute kommen würde, den Bedürfnissen der anderen Länder in keiner Weise gerecht wird. Die Länder ohne Staatsbahnbesitz müssen vielmehr fordern, daß nunmehr eine völlig gerechte, gleichmäßige Berücksichtigung sämtlicher deutschen Länder stattfinde. Jeder anderen Lösung wird man in den benachteiligten Ländern den entschiedensten Widerstand in allen Kreisen entgegensetzen.

Wie die Entente die eigenen Verbrecher schützen will

Basel, 24. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Pariser Information meldet aus London: Die Londoner Konferenz hat den Antrag Frankreichs angenommen, ein etwaiges Gesuch der deutschen Regierung zur Aburteilung Angehöriger der alliierten Länder wegen angeblicher Kriegsverbrechen mit der Begründung abzulehnen, daß die Alliierten das Opfer eines feindlichen Ueberfalles der deutschen und österreichisch-ungarischen Mächte gewesen seien und berechtigt waren, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Verwüstung der überfallenen Heimat entgegenzutreten.

Die Entlassungen in den Eisenbahnwerkstätten.

WTB. Berlin, 24. Februar. In einer Zusammenkunft des Ministers Oeser mit Abgeordneten der mehrheitssozialistischen Fraktion der Landesversammlung brachten diese Beschwerden darüber vor, daß bei der Entlassung von Arbeitern in den Eisenbahnwerkstätten vielfach nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern auf Grund persönlicher oder politischer Beweggründe vorgegangen worden sei. Der Minister erklärte, die Eisenbahndirektionen wiederholt angewiesen zu haben, daß bei diesen lediglich durch betriebswirtschaftliche Notwendigkeit bedingten Entlassungen keine politischen oder gewerkschaftlichen Maßregelungen vorgenommen werden dürfen. Wo gegen seinen Willen verstoßen worden sei, werde durch besonders zusammengestellte Kommissionen für sofortige Abhilfe gesorgt werden. Ueber die Notwendigkeit, in den Werkstätten auf streng wirtschaftlicher Grundlage die Vorbedingungen für eine erhöhte Arbeitsleistung zu schaffen, war Einverständnis bei allen Teilnehmern der Besprechung.

Unterbringung des Kaisers in Curacao?

WTB. London, 24. Febr. (Reuter.) Im Unterhause fragte Brittain, ob Holland beschlossen habe, den Kaiser in Curacao unterzubringen. Bonar Law erwiderte, bisher sei bei der britischen Regierung eine Mitteilung über einen Beschluß der niederländischen Regierung nicht eingetroffen.

Englands Freiwilligenheer.

London, 24. Febr. Unterhaus. Bei Einbringung des Voranschlages für das Heer betonte Churchill, England sei die einzige Nation, die die militärische Dienstpflicht abgeschafft habe. Durch Freiwilligenrekrutierung habe England in einem einzigen Jahre etwas geschaffen, was gut wie ein stehendes Heer ist. Churchill sagte: Nachdem wir unser Heer aufgelöst haben, hoffe ich, nicht, daß wir neue Verpflichtungen eingehen werden, denn unsere Hilfsquellen sind nicht groß genug, um sie zu erfüllen. Churchill kündigte die baldige Verminderung der Besatzungen im nahen Osten und das baldige Aufhören der durch Konstantinopel verursachten finanziellen Lasten an. Der Minister sagte ferner, es sei möglich, daß England allein oder in Verbindung mit den Vereinigten Staaten die Verpflichtung eingehen werde, Frankreich und Belgien während der Dauer der Besetzung des Rheinlandes bei der Verteidigung ihrer Gebiete Beistand zu leisten. Diese vollkommen neue Verpflichtung, die vor dem Kriege nicht vorgesehen war, sei eine ernste Angelegenheit, die zwischen den beteiligten Regierungen entschieden werden müsse.

---

40 000 farbige Arbeiter im Streik.

WTB. Amsterdam, 24. Februar. (Drahtnachricht.) Einer Londoner Meldung des „Telegraaf" zufolge sind im Randminengebiet in Südafrika über 40 000 farbige Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Bewegung breitet sich aus.

Wilson gegen die englisch-französischen Türkenpläne

WTB. Paris, 24. Februar. Der Berichterstatter des „Echo de Paris" in Washington meldet, die Vertreter Wilsons sagten, er sei entschlossen, einen bedeutenden Anteil Amerikas an der Regelung der türkischen Frage zu verlangen. Er stehe den Plänen Englands und Frankreichs im Orient feindlich gegenüber und nenne sie imperialistisch. Die adriatische Episode werde jetzt als einfaches Vorspiel zu einer energischeren Intervention Wilsons gegenüber den Pläner der Entente betrachtet.

Besprechung von Finanzfragen in London.

Paris, 24. Febr. Da Ende dieser Woche in London Fragen wirtschaftlicher Art besprochen werden sollen, hat Millerand den französischen Finanzminister Marsal eiligst nach London berufen. Im Laufe dieser Beratungen soll auch die Frage des Wechselkurses besprochen werden. Marsal unterbreitete dem Finanzausschuß der Kammer gestern abend die neuen Steuer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200225014/fragment/page=0002

projekte. „Ere Nouvelle" stellt fest, daß die Marsalschen Steuervorschläge in der Kommission enttäuscht hätten. Man werde Gegenvorschläge unterbreiten und dürfe mit einer langwierigen Debatte rechnen.

Deutsches Reich.

Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Kassel, 24. Febr. Wie hier verlautet, hat der Abgeordnete Scheidemann als Vorsitzender den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten für Freitag, den 27. Februar 11 Uhr, nach Berlin einberufen.

Die Zahlung der Zölle in Gold.

Berlin, 24. Februar. Nach einer Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" beträgt das Aufgeld bei der Zahlung der Zölle in Gold im März 1920 900 vom Hundert.

Polnisch-deutsche Verkehrsfragen.

WTB. Warschau, 24. Febr. Gestern begannen im Ministerium des Auswärtigen die Beratungen über die Regelung des Bahn-, Post-, Telegraphen-, Paß- und Zollverkehrs zwischen Polen und Deutschland, dem Freistaat Danzig und dem Abstimmungsgebiet.

Verhandlungen mit Sowjet-Rußland.

Berlin, 24. Febr. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetregierung über gegenseitige Heimschaffung der Kriegsgefangenen werden von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene geführt. Die Ergebnisse der Verhandlungen werden nur durch diese Stelle bekanntgegeben werden. Das Internationale Rote Kreuz wird bei den Verhandlungen beteiligt sein, ebenso humanitäre Organisationen und Interessenverbände.

Ausland.

Skandal im belgischen Ernährungsministerium.

Brüssel, 24. Febr. Ein großer Skandal ist im Ernährungsministerium ausgebrochen, dessen Direktor Caspar mit zwei Fabrikanten verhaftet wurde, weil sie Nahrungsmittelschiebungen größeren Stils getrieben hatten.

Englische Arbeiter für den Anschluß an die dritte Internationale.

WTB. Amsterdam, 24. Febr. Wie „Telegraaf" aus London meldet, haben verschiedene Abteilungen der englischen unabhängigen Arbeiterpartei auf die Tagesordnung ihres Osterkongresses den Antrag gesetzt, daß die Partei sich der dritten Internationale von Moskau anschließen soll. Man erwartet, daß es hierüber zu lebhaften Erörterungen kommt, denn die beiden Hauptführer der unabhängigen Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald und Philipp Snowden, widersetzten sich dem Anschluß an die Bolschewisten.

Neuwahlen in Bulgarien.

Amsterdam, 24. Februar. Die „Times" melden aus Sofia, daß der bulgarische Ministerpräsident das Parlament aufgelöst hat. Die Neuwahlen finden am 9. März statt.

Rumänische Maßnahmen gegen die Schweiz.

Bern, 24. Febr. Wie die Genfer Blätter erfahren, hat die rumänische Post- und Telegraphenverwaltung alle Aufträge in der Schweiz auf Lieferung von Material und Apparaten zurückgezogen, weil die Schweiz Rumänien jeglichen Kredit verweigere. Die Schweiz habe sich daraufhin entschlossen, Rumänien eine finanzielle Unterstützung zu gewähren, um den Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu verhindern.

Krise im rumänischen Ministerium.

Paris, 24. Febr. Nach dem „Matin" hat die Frage der Räumung Ungarns durch die rumänischen Truppen eine Krise innerhalb des rumänischen Ministeriums hervorgerufen. Der Kriegs- und der Handelsminister sind zurückgetreten. Die Mehrheit der Minister sei für eine rasche Räumung. Die Militaristen hätten sich dagegen ausgesprochen.

Kämpfe um Rostow.

WTB. London, 24. Februar. (Reuter.) Die englische Militärmission in Südrußland berichtet: Die Freiwilligenarmee hat am 20. Februar Rostow wieder genommen, 150 Gefangene gemacht und 22 Geschütze, sowie viel Material erbeutet.

Halle und Umgebung.

Halle den 25. Februar 1920.

Ankauf von Gartenflächen.

Während in früheren Jahren die Schrebergärten meist von den Benutzern nur gepachtet waren, ist bei den steigenden Preisen, bei dem knapper werden des Gemüses, die Neigung des Publikums hervorgetreten, die Schrebergärten nicht zu pachten, sondern Ackerflächen hierzu käuflich zu erwerben. Die Stadtverwaltung ist diesem Zuge der Zeit gefolgt, sie hat dafür gesorgt, daß die Fluchtlinienpläne so aufgestellt werden, daß die Schrebergärten späterhin in die öffentlichen Straßen zu liegen kommen.

Diese Bestrebungen, einen Garten zu erwerben, sodaß der Besitzer seinen Kohl auf eigener Scholle baut, sind durchaus löblich. Von großer Bedeutung hierbei ist aber die Frage, welcher Preis für das Quadratmeter Gelände angelegt werden kann. Zu dem Wunsche, einen eigenen Garten zu haben, gesellt sich naturgemäß sehr bald der Wunsch auf Beschaffung von Wasser durch die Wasserleitung, sogar der Wunsch auf die Errichtung eines Wohnhäuschens. Die Kosten aber, das Grundstück bebauungsfähig zu machen, sind erheblich. So mancher kauft erst einen Garten und denkt: wenn ich auch teuer bezahle, die Stadt wird später schon das Uebrige tun. Dies hat aber schon manche Enttäuschung verursacht. Die Kosten für die Herstellung einer Wasserleitung betragen nämlich jetzt, besonders wegen der hohen Eisenpreise ungefähr das elffache von dem vor dem Kriege. Ist eine Gartensiedelung aufgeteilt in Flächen von je etwa 1000 Quadratmeter und werden die Straßen dieser Gartensiedelung mit Wasserleitung versehen, so sind die Kosten dieses Rohrnetzes im Bereich der Siedelung so hoch, daß sie allein schon etwa 5 Mk. pro Quadratmeter der gesamten Gartensiedelungsfläche ausmachen. Der Besitzer einer Gartenfläche von 1000 Quadratmeter müßte ungefähr rund 5000 Mk. oder jährlich die Zinsen solcher Summe zahlen, wenn der Siedelungsweg mit Wasserleitung versehen wird. Dazu kommt natürlich noch die Gebühr für das Wasser selbst, die z. Zt. 45 Pfg. für das Kubikmeter beträgt.

Liegt nun die Gartensiedelung nicht direkt an einer Hauptstraße, die bereits Wasserleitung hat, sondern irgend wie abseits, sodaß die Wasserleitung bis an die Siedelung herangeführt werden muß, so kann dies auch nur im wesentlichen auf Kosten der Siedelung erfolgen. Auf das Quadratmeter Gelände würde ein weiterer Zuschlag hinzukommen.

Handelt es sich aber nun um Gelände, wo die Besitzer die Neigung haben, nicht nur ihr Land für Gartenzwecke zu benutzen, sondern auch dort ein Haus zu bauen, so müssen auch noch Straßenausbaukosten aufgewendet werden. Wenn man Wege so schmal wie möglich annimmt, etwa 5 Meter breit und hier nur einen 2½ Meter breiten Streifen als Chaussee befestigt (ohne jeglichen Bürgersteig), so machen diese Straßenbaukosten auf das Quadratmeter Baugelände doch etwa 3 Mk. aus. Von einer Kanalisation wird in den Fällen, wo es sich um ein kleines Haus mit großem Garten handelt, einstweilen Abstand genommen; ebenfalls von der Straßenbeleuchtung. Muß aber das Bedürfnis nach Licht gedeckt werden, so geschieht dies meist am geeignetsten durch elektrische Beleuchtung. Die Kosten werden im allgemeinen pro Quadratmeter Grundfläche etwa die Hälfte derjenigen der Wasserleitung betragen.

Aus allem ergibt sich, daß derjenige, der einen Schrebergarten kaufen will, sehr mit sich zu Rate geht, wieviel er pro Quadratmeter Land anlegen will. 2 Mk. pro Quadratmeter ist gewiß für eine gärtnerische nutzbare Fläche schon ein angemessener Preis. Man wird sich auch damit abfinden, wenn der Grundstücksbesitzer 3 Mark fordert und das Grundstück nicht all zu weit von der betreffenden Baugegend entfernt ist. Wenn aber jetzt 8 Mk. und mehr pro Quadratmeter rohe Ackerfläche gezahlt werden, und gar mehr, so erscheint dies bedenklich; so hohe Preise sollte man den Besitzern der Ackerflächen nicht zahlen. Wirklich wohl kann sich der Besitzer in seinem Garten nur dann fühlen, wenn er dort einigermaßen rentabel wirtschaften kann, und wenn es ihm nicht von vornherein unmöglich gemacht wird, durch Aufwendung für Wasser, Beleuchtung und Wege sich im Laufe der Zeit ein billiges dauerndes Heim zu schaffen.

Die neue Städteordnung.

Neuwahlen 1920.

Wir haben die wesentlichsten Bestimmungen schon in der Dienstag Morgennummer mitgeteilt. Jetzt sei aus dem Entwurf noch einiges nachgetragen:

Alle Gemeinden über 15000 Seelen können Stadtrechte erwerben. Die Stadtverordnetenversammlungen bestehen aus 8 bis 100 Bürgervertretern. Aktives und passives Wahlrecht hat jeder Bürger. Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung ist unmittelbar und geheim, sie erfolgt nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts.

Der Magistrat führt die Geschäfte der Stadt. Wenn ein Bürgermeister in Städten mit mehr als zehntausend Einwohner die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst nicht besitzt, muß ein hauptamtlicher Beigeordneter diese Befähigung haben. Die Mitglieder des Magistrats werden auf zwölf Jahre gewählt. In kleinen Städten kann von der Einrichtung eines Magistrats abgesehen werden.

Ehrenämter muß jeder Bürger mindestens auf die Dauer von acht Jahren annehmen. Wer sich weigert, verliert für acht Jahre die Ausübung des Bürgerrechts und kann ein Achtel bis ein Viertel höher zu den direkten Gemeindeabgaben herangezogen werden. Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß den ehrenamtlich tätigen Bürgern bis zu einer bestimmten Höhe Ersatz für Barauslagen und eine billige Entschädigung für entgangenen Arbeitsdienst gewährt wird.

Für die Besoldung der städtischen Beamten ist eine Besoldungsordnung aufzustellen, zu der sich die Beamtenräte zu äußern haben. Die auf Zeit gewählten höheren Beamten sind nicht verpflichtet, eine Wiederwahl unter ungünstigeren Bedingungen anzunehmen.

Die Selbstverwaltung der Städte bleibt erhalten unter Beobachtung einer Reihe von Richtlinien für die Vermögensverwaltung, Anleiheaufnahme, Steuern und Abgaben. Der Staat führt eine Aufsicht über die Städte, das Aufsichtsrecht des Staates bleibt etwa im alten Umfange erhalten, der Staat soll in erster Linie Gesetzeswidrigkeiten durch sein Aufsichtsrecht verhindern können. Den Städten steht ein Beschwerderecht gegen Maßnahmen des Staates zu.

Die Zuständigkeitsfragen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sind im demokratischen Sinne ausgebaut, wobei Wert auf gedeihliches Zusammenarbeiten beider Körperschaften gelegt wird.

Das Schulrecht der Gemeinden wird durch besonderes Gesetz geregelt. In allen Städten haben 1920 neue Stadtverordnetenwahlen stattzufinden.

Die Wahlzeit aller Bürgermeister und Beigeordneter erlischt drei Monate nach Inkrafttreten der neuen Städteordnung. Erfolgt keine Wiederwahl, so ist für den Rest der Wahlzeit das volle Diensteinkommen einschließlich aller Zulagen dem Ausscheidenden zu zahlen.

Die russische Geisteskultur.

Vortragsreihe der Auslandsstudien.

Den vorletzten und bis jetzt bei weitem interessantesten Vortrag in der Reihe der von der Kommission für Auslandsstudien veranstalteten Vorträge über Rußland hielt am Montag in der Universität Herr Lektor Prof. Dr. Lezius, der ein genauer Kenner der russischen Verhältnisse ist. Ueber das Thema „Die russische Geisteskultur" führte er ungefähr folgendes aus:

Wir haben es in Rußland mit einer Welt zu tun, die uns eigenartig fremd anmutet. Stellen wir nun heute die Frage nach Wesen und Ursache dieser Fremdheit, so müssen wir vor allem daran festhalten, daß Kultur und Zivilisation nicht dasselbe sind. Die Kultur ist ein inneres, geistiges Gut; die Zivilisation ist die Summe der äußerlichen Formen, die den Menschen umgeben.

Die Fremdartigkeit liegt nun nur auf dem Gebiete der Geisteskultur; denn in der Zivilisation hat seit Peter dem Großen ein allmählicher aber stetiger Ausgleich mit den westlichen Völkern stattgefunden. Wenn man von der Rückständigkeit der russischen Kultur spricht, so sind es anmaßende, gedankenlose Schlagworte, die man im Munde führt. Die verschiedenen Zivilisationen sind doch nur verschiedene Abtönungen ein und derselben Grundfarbe.

Die Frage nach Fremdartigkeit der russischen Geisteskultur kann nur durch vergleichende Behandlung gelöst werden, und zwar durch einen Vergleich mit unserer deutschen Geisteskultur. Die Grundlagen unserer Kultur sind das Christentum und die uns überkommene Erbschaft der römisch-griechischen Kultur. Das deutsche Volk hat sich eine christliche Ethik geschaffen, weil es im wahren Sinne des Wortes zum Christentum bekehrt wurde. Unsere ganze Wissenschaft und schöngeistige Literatur knüpfte andererseits an die Antike an — man denke nur an Humanismus und Renaissance.

Die russische Geisteskultur beruht dagegen weder auf der Antike noch auf dem Christentum: ihr fehlt jegliche Tradition und damit jeder Halt. Die Russen sind nicht allmählich bekehrt worden, sondern ein einmaliger Gewaltakt eines russischen Großfürsten zwang sie zur Annahme des ihrem Wesen völlig fremden Glaubens und zwar zu einer Zeit, als das Christentum unter den Händen der griechischen Geistlichkeit schon zu einer vollkommenen Kultreligion erstarrt war. Mit dem Jahre 1211, dem Beginn der Tartarenherrschaft, begann die verhängnisvolle hermetische Abschließung Rußlands vom übrigen Europa, die auch nach dem Ende der Tartarenherrschaft nicht aufhörte. Deshalb haben die Russen weder unser westeuropäisches Mittelalter noch eine Reformation erlebt. Die Kirche entwickelte sich zu einem Departement zur Kontrolle der politischen Zuverlässigkeit und zur Wahrung des Kaiserkults; die eigentliche Religiosität verkümmerte dabei völlig.

Die Antike ist von den Russen niemals innerlich erlebt und empfunden worden. Eine Renaissance hat Rußland nicht gehabt, und was der Staat dem Volke an humanistischer Bildung bot, wurde zwangsweise eingeführt — so z. B. die russischen Gymnasien. So ist die ganze russische Geisteskultur traditionslos und negativ.

Negativ ist auch die russische Literatur. Der Gesamteindruck der Werke Dostojewskis, Tolstoys und auch Gorkis ist trostlos, traurig und niederdrückend; nirgends Licht, nirgends ein klarer Weg. Tolstoy ist groß, so riesengroß in der Negation, aber in seinen Werken ist nichts, was zu Taten anreizen könnte. Auch in der russischen Literatur fehlt die aus der Religiosität erwachsene Ethik.

Die interessanten Ausführungen des Vortragenden fanden bei den Zuhörern den lebhaftesten Beifall. H. B.

Provinzial-Nachrichten.

Verhandlungen mit dem Reich über Großthüringen

— **Jena,** 24. Februar. Es sollen voraussichtlich bereits im Laufe der nächsten Woche in Berlin Verhandlungen beginnen zwischen einer Kommission von Großthüringen bestehend aus drei Mitgliedern des Staatsrates und vier Mitgliedern des Volksrates (diese sieben Mitglieder gehören den sieben Thüringer Staaten an) und dem Reiche über die Bildung des Gesamtstaates Thüringen, zu dessen Zustandekommen nach Artikel 18 der Reichsverfassung ein besonderes Reichsgesetz ergehen muß. Gleichzeitig sollen Verhandlungen mit Preußen geführt werden über etwaige Gebietsabtretungen und evtl. die Abschließung einer Verwaltungs- und Wirtschaftsgemeinschaft. Es wird sich hierbei um die Fortsetzung der Verhandlungen handeln, die seiner Zeit in Weimar mit dem preußischen Minister Heine geführt worden sind.

)(**Bernburg,** 24. Februar. (Ein Spielklub im Kurhaus?) Vor einiger Zeit war das hiesige Kurhaus, da es immer größer werdende Zuschüsse erforderte, zur Verpachtung oder zum Verkauf ausgeschrieben worden. Es besteht nun begründete Aussicht, daß das Kurhaus an eine Leipziger Gesellschaft verpachtet wird, um von dieser teilweise für die Zwecke eines Spielklubs (!) eingerichtet zu werden. Der Kurhausbetrieb und die sonstigen Veranstaltungen könnten, da der Spielklub sich auf einzelne Räume beschränkt, in der bisherigen Weise weitergeführt werden.

— **Cölleda,** 24. Februar. (Mord.) Im benachbarten Vogelsberg wurde ein Dienstmädchen von einem jungen Mann, der eben erst aus englischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, durch Messerstiche ermordet. Der Täter warf die Leiche in den nahen Teich. Der Grund zu dieser Tat konnte noch nicht festgestellt werden.

(!) **Suhl,** 24. Februar. (Die Stadtgemeinde) hat mit 12 Gemeinden der nächsten Umgebung wegen der Vereinigung Verhandlungen angeknüpft. Durch diese Eingemeindung soll die Bildung eines einheitlichen Industriegebietes erreicht werden, um die Erwerbslosenfürsorge, den Arbeitsnachweis und die Lebensmittelversorgung durch die Schaffung eines eigenen Kommunalverbandes in gleiche Bahnen zu lenken und als ein Ganzes in sich zu vereinigen.

? **Derenburg,** 24. Februar. (Zum Verkauf des Osterholzes.) Es war Beschwerde erhoben, daß der Landwirtschaftsminister einem Angebot der Stadt Halberstadt auf das verkäufliche sog. „Osterholz" bei Derenburg den Zuschlag erteilt habe, noch bevor es dem sich mitbewerbenden Landkreis Halberstadt möglich gewesen wäre, ein von ihm in Aussicht genommenes höheres Gebot zu machen. Hierzu wird vom Pressedienst des Landwirtschaftsministeriums mitgeteilt: „Der Verkauf des Osterholzes in der Oberförsterei Dingelstedt an die Stadt Halberstadt ist deshalb in Aussicht genommen, weil anerkannt werden muß, daß die große Stadt Halberstadt am Erwerb dieser Waldflächen ein erheblich größeres Interesse hat als ein Landkreis oder eine kleine Landstadt. Die Stadt Halberstadt hat sich schon seit längerer Zeit um den Erwerb des Osterholzes bemüht und den vom Fiskus geforderten Preis geboten, während der Landkreis Halberstadt erst in letzter Stunde, nachdem der Stadt der Wald zugesagt war, als Käufer hervorgetreten ist. Eine Rücksicht auf das höhere Gebot des Landkreises, das wohl nur abgegeben ist in der Absicht, die jetzige ungesunde Holzkonjunktur auszunutzen und der Stadt Halberstadt den Erwerb einer Waldfläche zu verteuern, die sie für eine gesunde Entwicklung ihres Gemeinwesens und zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben nötig gebraucht, erscheint nicht angebracht.

Vermischtes.

Ein neues Kapitalverbrechen wurde im Norden der Stadt Berlin entdeckt. In der Tieckstr. 39 wurde die 28 Jahre alte Schneiderin Sabine Kästenbaum in ihrem Bett unter der Decke versteckt mit starken Strangulationsmarken und Kratzwunden am Halse tot aufgefunden. Auf die Ermittelung des Täters hat die Kriminalpolizei eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt, die für Personen aus dem Publikum bestimmt sind, die sachdienliche Angaben machen können. Diese sind zu richten an die Mordkommission im Zimmer 52 des Berliner Polizeipräsidiums.

Drei Gasvergiftungen in einem Hotel. In einem Hotel in der Oranienburger Straße in Berlin wurde von den Angestellten ein starker Gasgeruch wahrgenommen, der einem Zimmer entströmte, das kurz vorher von einem Pärchen bezogen worden war. Als man daraufhin nachsah, fand man beide regungslos im Bette liegen. Aus einem hinterlassenen Briefe, in dem sie mitteilten, daß sie lieber in den Tod als in das Zuchthaus gehen würden, ging hervor, daß sie freiwillig aus dem Leben scheiden wollten. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten jedoch Erfolg. Die Lebensmüden wurden festgestellt als ein 28 Jahre alter Friedrich Ziegenbruch und eine 25 Jahre alte Frida Behrend, die beide in der Linienstraße 216 wohnten. Zur gleichen Zeit fand man in dem über dem Zimmer des Pärchens belegenen Hotelzimmer einen jungen Mann besinnungslos auf. Auch dieses Zimmer war mit Gas angefüllt. Der Hotelgast, ein 22 Jahre alter, aus Potsdam gebürtiger Johann Hahn, konnte gleichfalls wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Einführung der Sommerzeit in England. Aus London wird telegraphiert: Die Regierung hat im Unterhaus die Einbringung einer Gesetzesvorlage angekündigt, welche die dauernde Einführung der Sommerzeit und der 24-Stundenzählung vorsieht.

Ein totes Kind gestohlen. Aus Preßburg wird gemeldet: Die Frau eines Arbeiters ging mit ihrem kranken Kind zum Arzt. Auf dem Wege starb das Kind. Die Frau steckte die Leiche in einen Rucksack, den sie am Bahnhof beiseite stellte, um sich einen Fahrschein zu lösen. Als die Frau später den Rucksack wieder an sich nehmen wollte, war er gestohlen.

Im Ballsaal hypnotisiert. In einem Bremer Vergnügungslokal wurde in früher Morgenstunde ein junges Mädchen in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Die Glieder des Mädchens waren vollständig steif. Einem herbeigerufenen Arzt gelang es, das Bewußtsein wieder herzustellen. Das Mädchen gab an, daß es mit einem Herrn getanzt und seine Einladung zu einem Getränk angenommen habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200225014/fragment/page=0003

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Weitere Rennen in Halle.

In der Delegierten-Versammlung der deutschen Rennvereine, die am 22. und 23. Februar in Berlin tagte, wurde ein Antrag eingebracht, an den preußischen Landwirtschaftsminister heranzutreten und noch weitere Termine für Rennen zu erbitten. Nach Annahme dieses Antrages schritt man ohne Rücksicht auf die Erfüllung dieser notwendigen Forderung zur Verteilung der Renntermine und setzte bei dieser Gelegenheit auch gleich die eventuell noch hinzukommenden Termine fest. Hierbei wurde auch unserer Stadt Halle gedacht. Außer den bereits veröffentlichten Terminen, den 11. Juli und 15. August, sind noch der 24. und 26. September und 24. Oktober in Aussicht genommen.

Städtespiel Halle gegen Frankfurt.

Wie wir erfahren schweben zurzeit Verhandlungen zwecks eines Städtespielabschlusses der Städte Frankfurt und Halle. Zunächst soll die Stadt Halle eine Mannschaft nach dem Süden entsenden, wogegen die Frankfurter anfangs der nächsten Serie hier nach Halle kommen wollen. Ein endgültige Zusage ist allerdings noch nicht erfolgt, jedoch ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Frankfurter diesem Vorschlage zustimmen werden.

Magdeburger Hockeyklub—V. H. R.-Halle 2:1.

Am Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr traten sich auf der Ziegelwiese die beiden ersten Mannschaften des Magdeburger Hockey-Klubs und der Vereinigten Hockeyabteilung Halle gegenüber. Etwa 100 Zuschauer — für eine Stadt wie Halle eine sehr mäßige Zahl — sahen sich das interessante Treffen an.

Gleich nach Anpfiff setzte sich Halle — allerdings nur für wenige Minuten — vor dem gegnerischen Tor fest, jedoch ist die Verteidigung Magdeburgs auf der Hut und läßt nichts passieren. Die Gäste, nun allmählich mit dem schweren Boden etwas vertrauter, leiten schöne Angriffe ein, die aber meist von der Hintermannschaft Halles unterbunden werden. Der Kampf wogt alsdann im Mittelfeld auf und ab bis die Magdeburger nach einer Flanke von rechts, welche am Schläger eines hallischen Verteidigers abprallt — durch Selbsttor — zuerst erfolgreich sein können. Kurz darauf kann Magdeburg durch schönen Schuß Dreyers das zweite Tor erzielen, welchem Blick für Halle eins entgegensetzen kann. Nach Halbzeit meist offenes Spiel. Leider ist nach wenigen Minuten Spielzeit Magdeburgs guter Mittelläufer Görnemann infolge einer Verletzung gezwungen, das Spielfeld zu verlassen. Die Vereinigten, mit dem Willen wenigstens auszugleichen, greifen kräftig an, doch arbeitet die Verteidigung des M.-H.-C., in welcher vor allem Scharf glänzt, sehr gut. Verschiedene kritische Situationen vor den Toren klären die beiden Torwächter in zuverlässiger Weise. Ein schöner Schuß Blicks geht knapp daneben. Etwa 10 Minuten vor Schluß scheidet der rechte Läufer von den Vereinigten, Franck, durch Unfall aus. Mit 2:1 für Magdeburg trennt der Schlußpfiff die Mannschaften, welches von den Herren Molsberger und Zerbe vom V. f. L.-Halle, umsichtig geleitet wurde. Die Spielweise beider Gegner war eine äußerst gefällige und ist anzunehmen, daß dem Hockeysport durch solche angenehme Spiele neue Anhänger zugeführt wurden. Bei den Gästen gefielen besonders der Mittelstürmer Fräsdorf, die rechte Seite Fölsche-Dreyer, der linke Läufer Tribius und Scharf in der Verteidigung. Bei den Einheimischen ist der Innensturm sowie die Läuferreihe und Hoffmann, als rechter Verteidiger, lobend zu erwähnen.

Vereinigte Hockey-Abteilung (Damen)—V. f. L. (Damen) 1:1.

Am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr, trafen sich auf demselben Platze obige Damenmannschaften. Dank besseren Zusammenspiels konnten die Vereinigten bis Halbzeit ein Tor erringen. Nach Wiederbeginn versuchen die Damen vom V. f. L. auszugleichen, was ihnen auch bei einem schönen Durchbruch von links gelingt.

Das Spiel endete, wie schon das letzte Spiel, wieder unentschieden. Die Damen der Vereinigten Hockeyabteilung zeigten teils schöne Einzelleistungen, eine Folge eifrigen Uebens, auf der gegnerischen Seite sah man dafür viel eifrige und sehr schnelle Spielerinnen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die landwirtschaftlichen Preise.

Der Reichswirtschaftsminister hat auf eine Anfrage der Abgeordneten der Nationalversammlung Behrens, Dr. Philipp und Wetzlich folgende Antwort erteilt:

„Der Reichsregierung ist bekannt, daß die landwirtschaftlichen Erzeugungskosten ständig wachsen und daß die Lohnerhöhungen an dieser Steigerung einen erheblichen Anteil haben. Die Verhältnisse liegen in dieser Beziehung, abgesehen von nicht besonders ins Gewicht fallenden örtlich beschränkten Ausnahmefällen, im ganzen Reiche annähernd gleich. Es ist das ernste Bestreben der Reichsregierung, die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit den wachsenden Produktionskosten in Einklang zu bringen. Es wird in dieser Beziehung darauf hingewiesen, daß in den letzten Wochen im Benehmen mit den in Betracht kommenden Interessentengruppen und deren Berufsvertretungen sowie den Konsumentenvertretungen eingehende Verhandlungen darüber gepflogen sind, welche Preise den Landwirten für ihre öffentlich bewirtschafteten Bodenerzeugnisse zu gewähren sind, um sie in das richtige Verhältnis zu den Produktionskosten zu setzen und so einen Anreiz zu vermehrter Produktion zu geben. In allernächster Zeit werden sich Reichsrat und der zuständige Ausschuß der Nationalversammlung mit der Vorlage zu einer Verordnung zu befassen haben, in welcher die Ergebnisse der oben genannten Verhandlungen ihren Ausdruck finden sollen. Von besonderen Maßnahmen im Benehmen mit der sächsischen Landesregierung zur Abstellung der Notlage der sächsischen Landwirtschaft glaube ich unter diesen Umständen absehen zu sollen."

Die Reichsbank in der zweiten Februarwoche.

Der vorliegende Ausweis der Reichsbank vom 14. Februar zeigt nach der Entlastung der Vorwoche wieder eine recht bedeutende Zunahme der Anlagekonten. Dieser Wechsel in der Entwicklung der Anlage, nämlich Steigerung in der zweiten und letzten, Verminderung in der ersten und dritten Monatswoche, steht, wie schon öfters erörtert, im wesentlichen damit im Zusammenhang, daß die Inanspruchnahme der Bank durch das Reich und Private am 15. und am Ende des Monats besonders stark zu sein pflegt, während andererseits an diesen Tagen der freie Markt für Schatzanweisungen nicht sonderlich aufnahmefähig ist, da Banken, Sparkassen usw. bestrebt sind, an diesen Terminen größere Mittel für den privaten Bedarf zur Verfügung zu halten. Die gesamte Kapitalanlage stieg in der Berichtswoche um 1610 Mill. Mark auf 39 097,4 Mill. Mk., die bankmäßige Deckung für sich allein genommen um 1591,7 Mill. Mk. Der Gegenwert dieser erlösten Kredite verblieb andererseits der Bank zum erheblichen Teile, sodaß die fremden Gelder eine Zunahme um 1157,8 Mill. Mk. auf 11 953,6 Mill. Mk. zeigten. Die Entwicklung des Zahlungsmittelbedarfs war, wie in den beiden vorhergehenden Bankwochen, wenig befriedigend.

Der Neubedarf an papierenen Zahlungsmitteln (Banknoten und Darlehnskassenscheinen) betrug in der Berichtwoche 595,3 Mill. Mk., während an solchen Geldzeichen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres nur 136,3 Mill. Mk. beansprucht wurden, und in der zweiten Februarwoche 1918 sogar 15,8 Mill. Mk. aus dem Verkehr zurückströmten.

Besonders stark erhöhte sich diesmal der Banknotenumlauf, nämlich um 789,9 Mill. Mk auf 38 778,7 Mill. Mk., während der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 194,6 Mill. Mk. auf 12 690,6 Mill. Mk. eingeschätzt werden konnte. Die Bestände an Gold, Scheidemünzen und Reichskassenscheinen zeigen, wie üblich, nur unwesentliche Veränderungen. Der Darlehnsbestand bei den Darlehnskassen verminderte sich um 108,9 Mill. Mk. auf 24 855,4 Mill. Mk. Ein dieser Abnahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen wurde der Darlehnskasse von der Reichsbank zurückgegeben, die ihrerseits, wie oben erwähnt, einen Rückfluß an solchen Zeichen aus dem Verkehr in Höhe von 194,6 Mill. Mark zu verzeichnen hatte. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen wuchsen um 85,6 Mill. Mark auf 12 044,4 Mill. Mk.

Produktenbericht.

Berlin, 23. Februar. Am Hafermarkt blieb das Geschäft unregelmäßig. Die Preisforderungen und auch die Preisangebote gingen auseinander. Aus Mitteldeutschland zeigte sich Nachfrage. Erbsen blieben in guter Ware gesucht. Ackerbohnen hatten ruhiges Geschäft. Gute Peluschken waren nur knapp angeboten. Geringe Ware fand keine Beachtung. Wicken zu Saatzwecken wurden verlangt. Für Serradella überwog das Angebot. Lupinen waren ziemlich fest. Heu und Stroh waren bei ruhigem Geschäft fest.

Berlin, 24. Februar. Amtliche Notizen. (Preise für 1000 Kilogramm in Mark.) Inländ. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestationen 4620—4680. Tendenz fest.

Devisenkurse.

Berlin, 24. Februar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	3578,00	3586,00	3546,00	3554,00
Brüssel-Antwerpen	709,30	710 70	716,75	718,25
Christiania	1678,25	1681,75	1658,25	1661,75
Kopenhagen	1443 50	1446,50	1438 50	1441,50
Stockholm	1813,00	1817,00	1798,00	1802,00
Helsingfors	394,60	395,40	389,60	390,40
Italien	522,00	523,00	534,50	535,50
London	328,65	329,35	326,90	327,70
New York	97,60	98,10	95,90	96,10
Paris	691,30	692 70	699,30	700,70
Schweiz	1573,25	1576 75	1538,50	1541 50
Spanien	1668,25	1671,75	1638,25	1641,75
Wien (altes)	39 46	39 54	38,96	39,04
(Deutsch-Oest. abgest.)	36 46	36,54	35 96	36,04
Prag	99,40	99,60	100,15	100,35
Budapest	34 21	34,29	34,21	34,29
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Metallnotierungen.

Berlin, 24. Februar. (Preise für 100 Kilogramm in Mark.) Raffinade-Kupfer 3500—3600. Original Hütten-Weich-Blei 1750 bis 1800. Hütten-Rohzink 650. Hütten-Rohzink ((im freien Verkehr) 1650—1675. Orig. Hütten-Aluminium 5900—6100. Banca, Straits, Billiton-Zinn 13 850—14 000. 98,99proz. Hütten-Zinn —. 98,99proz. Rein-Nickel 7900—8000. Antimon-Regulus 2350 bis 2400.

Die Aufhebung der Höchstpreise für Baumwollgarne in der Schweiz hat entgegen allen Erwartungen eine Verteuerung der Garne um beinahe die Hälfte bewirkt, sodaß die Baumwollgarnverbraucher außerordentlich erregt sind und von der Bundesregierung Abhilfe erwarten. Dementsprechend sind auch die Preise für fertige Fabrikate außerordentlich gestiegen, und es ist ganz ausgeschlossen, daß nach dieser Richtung hin eine Aenderung in absehbarer Zeit stattfindet.

Enorme Steigerung der Rohseidenpreise. Seit Beginn des Jahres 1920 sind die Preise für europäische Rohseiden um mehr als 50 Prozent gestiegen. Die Steigerung für asiatische Seiden soll noch beträchtlicher sein.

Weltmangel an Baumwolle. Nach den neusten Berichten aus Amerika kann man heute schon von einem tatsächlichen Weltmangel an Rohbaumwolle sprechen, umsomehr als der Verbrauch der Vereinigten Staaten sich gewaltig gesteigert hat und die Ernteaussichten keineswegs günstig lauten. Somit muß mit einer weiteren Steigerung der Preise für Baumwolle gerechnet werden, obgleich letztere allerdings schon jetzt außerordentlich hoch sind.

Weitere Kapitalserhöhungen. Die Aktien-Gesellschaft H. Schomburg & Söhne schlägt eine Erhöhung um 500 000 Mark auf 1,8 Mill. Mk. vor durch Ausgabe von Vorzugsaktien. Die näheren Modialitäten sollen in der G.-V. festgelegt werden. — Die Neuwalzwerk A.-G. in Börsperde i. W. plant eine Erhöhung durch Ausgabe von nom. 500 000 Mk. Vorzugsaktien, die für 1919/20 zur Hälfte dividendenberechtigt sein sollen. Die Vorzugsdividende soll 6 Prozent, der Ausgabekurs mindestens 110 Prozent betragen; ferner soll den Vorzugsaktien ein vierfaches Stimmrecht gewährt werden. Im Fall der Liquidation sind etwaige rückständige Dividenden nachzuzahlen. Ferner sind die Vorzugsaktien in diesem Fall mit 110 Prozent vor den Stammaktien zurückzuzahlen. Die Gesellschaft soll bis zum 30. Juni 1925 berechtigt sein, die Vorzugsaktien zum Schluß eines Geschäftsjahres zu 115 Prozent zurückzukaufen, wenn eine G.-V. den Rückkauf beschließt. Die Verwaltung sucht die Ermächtigung nach, die Vorzugsaktien an ein Konsortium zu begeben. Zurzeit arbeitet die Gesellschaft mit 2,5 Mill. Mk. Kapital. — Die A.-G. Georg Egestorffs Salzwerke und Chemische Fabriken in Hannover erhöht ihr Aktienkapital um 6 auf 12 Mill. Mark. Die jungen Aktien werden im Verhältnis von 1 zu 1 zu 128 Prozent angeboten.

Ein Maschinentrust. Zu der kürzlich erfolgten Gründung der Deutschen Landwirtschafts-Maschinen-A.-G. (Delma) mit einem Kapital von 10 Mill. Mk., erfahren wir noch folgendes: Der erste Aufsichtsrat besteht aus den Herren Graf von Oppersdorff, Generalleutnant z. D. von Chelius, Dr. Max Pfeiffer (Mitglied der Nationalversammlung), Direktor Hermann Aumer (Rumpwerke A.-G.), Generaldirektor Alexander Kremener, Direktor Fritz Sonnenberg, Rittergutsbes. von Freden, Rittergutsbes. Karl Lübeke, Amtsrat Oskar Peter, Zivilingenieur Georg Odrich. Generaldirektor ist der bisherige erste Geschäftsführer der Maschinenhandelsgesellschaft m. b. H. Rohrbacher. Wie wir hören, steht sofort nach Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister die Verdoppelung des Aktienkapitals bevor.

Das Beispiel der Saarkohlen. Ein Mitarbeiter im neutralen Auslande schreibt der „D. A. Z.": Die monatliche Förderungsziffer für Saarkohlen betrug bisher 600 000 To. gleich 7,2 Mill. Tonnen jährlich gegen eine frühere jährliche Förderung von etwa 15 Mill. To. An diesem großen Unterschied können die Franzosen, welche doch im Saargebiet das Recht in Händen haben, erkennen, wie schwer es Deutschland ist, seine Kohlenförderung so intensiv zu gestalten, daß es die französischen Ansprüche restlos befriedigen könnte. Wenn die Franzosen bisher trotz ihrer militärischen Besetzung nicht mehr aus dem Saarbecken herausschlagen konnten, so dürften sie doch den Produktionsausfall in Deutschland keineswegs als Mangel an gutem Willen auslegen. In Frankreich erwartet man, daß der französische Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, Hr. Rault, energisch vorgehen und mehr Kohlen herausschlagen wird. England hat versprochen, fernerhin noch 1 200 000 To. ungefähr monatlich zu liefern und auch bessere Qualitäten abzugeben. Denn über der Beschaffenheit der englischen Kohle beklagt man sich allenthalben bitter.

Verdingung von hölzernen Bahnschwellen. Die bayerischen Staatsbahnen hielten in München eine Verdingung auf Lieferung von forlenen und eichenen Bahnschwellen ab. Die Beteiligung war schwach, so daß das Angebot nicht an den Bedarf heranreichte. Die geforderten Preise waren sehr hoch, aber nicht einheitlich. Es wurden gefordert für forlene Bahnschwellen 1. Kl. (Bedarf 19 000, Andienung 17 000 Stück 21,50—123 M. für dgl. 2. Kl. (Bedarf 104 000, Andienung 51 000 Stück) 20—101 M., dgl. 3. Kl. (Bedarf 3000, Andienung 2000 Stück) 28—51 M.; für eichene Bahnschwellen 1. Kl. (Bedarf 37 000, Andienung 550 Stück) 60—150 M., für dgl. 2. Kl. (Bedarf 10 000, Andienung 400 Stück) 55—115 M für das Stück; ferner für eichene Weichenschwellen 1. Kl. (Bedarf 12 000, Andienung 350 laufende Meter) 60—65 M., für dgl. 2. Kl. (Bedarf 120 000, Andienung 1800 lfd. Meter) 24—50 M., für forlene Weichenschwellen 1. Kl. (Bedarf 8000, Andienung 3300 lfd Meter) 47—60 M., für dgl. 2. Kl. (Bedarf 26 000, Andienung 3200 lfd. Meter) 32—56 M., für forlene Weichenschwellen für Nebenbahnen 1. Kl. (Bedarf 2000, Andienung 800 lfd. Meter) 42—50 M., für dgl. 2. Kl. (Bedarf 14 000, Andienung 4650 lfd. Meter) 23,60—42 M für das laufende Meter.

Eisenhüttenwerk Thale A.-G. Der Abschluß für das Jahr 1919 weist einen Reingewinn von 4 288 010 (4 626 351) Mk. auf. Der Mitte März stattfindenden G.-V. soll folgende Gewinnverteilung vorgeschlagen werden: 30 Prozent (26 Prozent und 100 Mark Bonus in Kriegsanleihe, 26 Prozent und 175 Mk. Bonus, 26 Prozent und 125 Mk. Bonus, 26 Prozent in der Jahren 1918—1915) Dividende mit 2 250 000 Mk. Rückstellung für Errichtung von Arbeiterwohnstätten 500 000 Mk., besondere Zuwendung an die Arbeiter 550 000 Mk., Zuwendungen an die Beamten-Unterstützungs- und Arbeiter-Pensionskasse je 150 000 Mk., an den Arbeiter-Dispositionsfonds 50 000 Mk., für gemeinnützige Zweck 100 000 Mk., für vertragliche Gewinnanteile an den Aufsichtsrat und Gratifikationen an Beamte insgesamt 500 000 Mk. Die Aussichten für das laufende Jahr sind als befriedigende zu beurteilen, sofern eine erträgliche Versorgung mit Brennstoffen eintritt.

Verein chemischer Fabriken A.-G. in Zeitz. Der Betriebsüberschuß in 1918/19 hob sich auf 1 897 064 (1 125 696). Demgegenüber erhöhten sich die Handlungsunkosten auf 664 711 (417 763) Mk. Die Abschreibungen wurden bemessen auf 114 328 (128 427) Mark. Einschließlich Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 1 093 564 (1 133 564) Mk., woraus wieder 12 Prozent Dividende sowie ein Bonus von 15 Prozent wie im vorigen Jahre ausgeschüttet werden sollen. Erläuternde Bemerkungen über das diesmalige Ergebnis fehlen in dem Geschäftsberichte.

Trotha-Sennewitzer Aktien-Ziegeleien-Ges. Bruttoertrag 776 100 (241 700) Mk., Fabritations-Konto 300 400 (80 200) Mk., Kohlen 110 700 (32 400) Mk. Div. 20 (8) Prozent. Aus Bilanz: Debitoren 518 000 (241 000) Mk., Effekten 157 900 (226 400) Mk.

Deutsche Spiegelglas A.-G. in Kl.-Freden. Die Verwaltung schlägt die Verteilung von 25 (20) Prozent Dividende sowie die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 auf 6 Millionen Mark vor. Die neuen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis von 1 : 1 zu 150 Prozent angeboten werden.

Bitterfelder Louisen-Grube Kohlenwerk und Ziegelei A.-G. Das Unternehmen verteilt für das Jahr 1919 30 Prozent Dividende gegenüber 26 Prozent i. V.

A.-G. für Leinengarn-Spinnerei und Bleicherei vorm. Renner & Co. Der am 17. März stattfindenden Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent gegen 15 Prozent im Vorjahre vorgeschlagen.

Der Verband für leichte Dampfarmaturen gibt bekannt, daß er den Zuschlag für Staufferbüchsen ab 25. Februar auf 300 Proz. erhöht. Von diesem Zeitpunkte an werden auch alle bisher etwa verbliebenen Rückstände mit dem neuen Zuschlage berechnet.

Leipziger Wollkämmerei. Der Abschluß für 1918/19 weist ein Gesamterträgnis von 4 622 730 (3 565 509) Mk. auf. Dagegen erforderten der Kämmereibetrieb 3 285 963 (2 355 490) Mk. Steuern, Zinsen, Kursverluste usw. 652 270 (387 948) Mk. und Abschreibungen 394 213 (470 618) Mk. Einschließlich 100 004 (344 867) Mk. Vortrag stehen 390 293 (646 319) Mk. Reingewinn zur Verfügung. Es sollen, wie bereits gemeldet, wieder 8 Proz. Dividende (i. V. außerdem 100 Mk. Bonus in Reichsanleihe) verteilt und 85 373 Mk. vorgetragen werden. Durch den belgischen Zwangsverwalter in Antwerpen ist laut Bericht der Pachtvertrag wegen der Filiale in Mohoken am 27. August 1919 für aufgelöst erklärt worden; den Verbindlichkeiten, die der Gesellschaft daraus noch erwachsen können, wurde nach Möglichkeit im Geschäftsabschluß Rechnung getragen. Die Bilanz führt u. a. auf Debitoren 1 444 046 (3 725 608) Mk., Effekten 1 515 933 (2 680 580) Mark, Wechsel 3 034 052 (188 866) Mk., Materialien und Bestände 289 032 (427 086) Mk. und andererseits Kreditoren 3 874 364 (3 882 630) Mk.

Leipziger Kredit-Bank. Die Verwaltung hat beschlossen, der am 17. März stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 (4) Prozent vorzuschlagen.

Hartwig u. Vogel A.-G. in Dresden. Die Gesellschaft verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr 12 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im Vorjahr.

Sächsische Emaillier- und Stanzwerke, vorm. Gebr. Gnüchtel, A.-G. in Lauter i. Sa. Der Warengewinn in 1919 stellt sich auf 1 650 908 (1 561 195) Mk. Nach Abschreibungen von 328 493 (390 000) Mk. ergibt sich ein Reingewinn von 307 772 (872 399) Mark, woraus wieder 20 Prozent Dividende verteilt werden sollen. Wie der Vorstand berichtet, machten sich vorübergehend Betriebseinschränkungen nötig. Einen teilweisen, jedoch nicht ausgleichenden Ersatz bot die Aufnahme der Herstellung von Aluminiumkochgeschirren, in denen sich bald eine rege Nachfrage entwickelte. Die während des Krieges ausgebaute Abteilung Preß- und Schweißwerke konnten durch den plötzlichen Abbruch der Herstellung von Heeresbedarf nicht ausreichend beschäftigt werden. Die Nachfrage nach Friedensbedarf in den Artikeln dieser Abteilung ist wegen der unsicheren zukünftigen Verhältnisse noch immer gering. In das neue Jahr ist ein reichlicher Ordrebestand, sowohl in Emaillewaren, als auch Aluminiumwaren hinüber genommen worden. Bei der verhältnismäßig geringen Produktionsmöglichkeit sichern diese Aufträge dem Werke für längere Zeit Beschäftigung. In der Bilanz werden u. a. ausgewiesen Bestände mit 2 527 762 (885 194) Mk. Außenstände mit 2 903 607 (1 247 986) Mk. Wertpapiere usw. mit 1 210 497 (2 040 434) Mk., andererseits Buchschulden mit 2 483 968 (753 136) Mk. und verschiedene Verbindlichkeiten mit 2 890 307 (1 284 351) Mk.

Textilosewerke und Kunstweberei Claviez A.-G. in Adorf i. Vogtl. Das allgemeine Erträgnis in 1919 verringert sich auf 8 379 953 (16 765 287) Mk., während der Reingewinn einschließlich Vortrag 1 455 939 Mk. (i. V. nach 3 100 000 Mk. Rückstellung für Kriegssteuer 1 376 729 Mk.) beträgt, woraus wieder 25 Prozent Dividende ausgeschüttet werden. Auf neue Rechnung verbleiben 205 939 (126 729) Mk. Nach dem Vorstandsbericht war besonders in der ersten Hälfte des Berichtsjahres ein Rückgang der Produktion zu verzeichnen. Umfangreiche Heeresbestände an Waren aller Art aus Papiergarn beeinflußten den Markt außerordentlich ungünstig und die Absatzmöglichkeit wurde immer geringer. Die Textilose konnte sich, dank ihrer bewährten Qualität behaupten. Die während der Kriegszeit stillgelegte Teppichabteilung ist wieder in Gang gesetzt worden. Seit Mitte des Berichtsjahres hat sich das Geschäft in allen Abteilungen wieder entwickelt. Das Unternehmen ist stark beschäftigt und geht mit einem ansehnlichen Bestand an Aufträgen in das neue Jahr. Gut entwickelt hat sich auch die Abteilung „Typha", die weiter ausgebaut werden soll. Laut Bilanz betragen die Debitoren 4 839 244 (2 893 939) Mk., Bankguthaben 1 364 125 (1 618 439) Mark, Effekten und Beteiligungen 2 396 080 (6 294 351) Mk. und Vorräte 5 098 959 (4 405 557) Mk. Kreditoren haben 2 218 553 (2 112 258) Mk. zu fordern.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200225014/fragment/page=0004